Der Ärger ist groß

Die Reform führt zu steigenden Steuern im Osten der Republik

Im Vorfeld der Berliner Wahlen 2023 setzte die CDU auf einen populistischen Wahlkampf, indem sie den Bürgerinnen und Bürgern falsche Versprechungen zur Grundsteuer machte. Nun, da die Bescheide die Eigentümerinnen und Eigentümer erreichen, ist das Unverständnis verständlicherweise groß.

Die CDU hatte in ihrem Wahlprogramm das simple, aber verlockende Versprechen formuliert, die Grundsteuer für Berliner Haushalte massiv zu senken. Dabei war immer klar, dass dieses Versprechen aus mehreren Gründen nicht realistisch war. Denn die CDU hat es versäumt, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen realistisch zu bewerten und spielte den Wählerinnen und Wählern vor, dass eine drastische Senkung der Grundsteuer ohne große Einschränkungen möglich wäre.

Tatsächlich aber hatte die Berliner CDU kein Konzept, wie diese Senkung mit den notwendigen Haushaltsmitteln in Einklang zu bringen ist. Denn die Einnahmen sind auf dem jetzigen Niveau unverzichtbar für die Stadt, um öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur zu finanzieren. Im Gegensatz dazu war die SPD in ihrem Wahlkampf tatsächlich ehrlicher und hat auf leere Versprechungen verzichtet.

So hat die SPD klar gesagt, dass die Reform der Grundsteuer notwendig ist; wegen der teilungsbedingten Ungleichbehandlung und nicht zuletzt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Das hat der SPD natürlich weniger unmittelbare Zustimmung eingebracht. Im Gegenteil: viele haben aus genau diesem Grund ihr Kreuz woanders gemacht.

Ich weiß, bei einigen ist der Bescheid schon eingegangen und wird für nicht wenige ein kleiner Schock gewesen sein. Aber die Grundsteuerreform war längst überfällig, um eine gerechtere und verfassungskonforme Besteuerung zu ermöglichen. Die alten Bewertungsgrundlagen stammten teils aus den 1930er Jahren und führten zu erheblichen Ungleichbehandlungen. Nun basiert die Grundsteuer auf aktuellen und realitätsnahen Werten, was die Steuerlast fairer verteilt.

Das Sozialticket wird teurer

Berlins soziale Infrastruktur ist trotz Sparhaushalt gesichert

3 Milliarden Euro mussten eingespart werden. Von diesen Sparmaßnahmen konnte kein Bereich ausgenommen werden, auch nicht der Sozialbereich. Doch das wichtigste ist gelungen: Bei der sozialen Infrastruktur, bei den Hilfsangeboten wird nicht gespart.

Die soziale Landschaft in Berlin ist groß und vielfältig. Sie bietet allen Berlinerinnen und Berlinern Unterstützung in allen Lebenslagen. Hier zu sparen, hätte bedeutet, unterstützungsbedürftige Menschen hängen zu lassen und enorme Folgekosten zu verursachen. Denn jede beendete Obdachlosigkeit, jede verhinderte Räumung, jede Klärung von Überschuldung spart den Steuerzahlenden viel Geld.

Auch das Sozialticket konnte gesichert werden. Die CDU wollte es in Gänze abschaffen! Doch die jährlich steigenden Ausgaben von aktuell 86 Millionen Euro, die die Steuerzahlenden aufbringen müssen, damit das Sozialticket lediglich 9 Euro kostet, sind nicht haltbar.

Zugleich ist der Anteil im Bürgergeld, welcher für den Bereich Mobilität zur Verfügung steht, in den letzten Jahren stetig auf nun 50,50 Euro gestiegen. Deshalb haben wir uns darauf geeinigt, dass das Sozialticket ab April 2025 19 Euro kosten wird. Eine enorme Steigerung. Trotzdem war es auch mir wichtiger, den unterstützungsbedürftigen Menschen zu helfen, als dass sie weiterhin für lediglich 9 Euro durch Berlin fahren können.

So bin ich ansprechbar:

KIEZBÜRO „AnsprechBar“
Siemensstraße 15, 12459 Berlin
E-Mail: wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 40 74 22 73

Montag 10-18 Uhr
Dienstag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-15 Uhr
Donnerstag 10-15 Uhr

ABGEORDNETENHAUS
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de
Telefon: 030 / 23 25 22 90

ODER DIREKT unter
0179 / 39 34 615
(auch per WhatsApp, Signal oder Telegram)

Zeitung von Lars Düsterhöft
AnsprechBar
für Sie im Abgeordnetenhaus Berlin

Ausgabe Dezember 2024

Produziert mit Co2-Ausgleich

Die Regierungskrise als Chance?

Es muss Schluss sein mit dem Ausspielen von Menschen

Was für ein Paukenschlag – und doch nicht überraschend, dass die Ampel-Koalition es nicht bis zum Ende der Legislatur geschafft hat. Ich sehe das nicht als Niederlage, sondern als überfälligen Schritt hin zu einer verantwortungsbewussten und konstruktiven Politik, die sich auf das Wesentliche konzentriert. Ein notwendiger Schritt, um sich nicht mehr von angeblichen Partnern auf der Nase herumtanzen zu lassen.

Wir befinden uns in einer historischen Übergangsphase, die uns vor große Herausforderungen stellt – wirtschaftlich, klimatisch, sozial und geopolitisch. Politik darf sich in dieser Situation nicht von ideologischen Grabenkämpfen bestimmen lassen. Doch genau dies haben wir in der Ampel-Regierung ständig erlebt.

Politik basiert auf Kompromissen – diese Koalition aber hat sich permanent im Kreis gedreht und gegenseitig blockiert. Der ideologische Streit, die zunehmend unvereinbar werdenden Interessen der Partner, obendrauf die schwierige politische Lage, haben dazu geführt, dass wichtige Themen auf der Strecke geblieben sind. Deutschland braucht klare Entscheidungen und eine stabile handlungsfähige Regierung.

Und das Ausspielen von Menschen und Interessen wurde betrieben, um Politik zu machen. Mal ging es gegen die „faulen Arbeitslosen“, mal gegen die „illegalen Migranten“, mal gegen die „reichen Rentner“. Anstatt besondere Herausforderungen, wie die Unterstützung für die Ukraine über neue Schulden zu finanzieren, wurde der soziale Kahlschlag propagiert. Meine Partei hat immer betont, dass diese Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die Unterstützung der Wirtschaft sowie die Unterstützung der Ukraine dürfen nicht zulasten der sozialen Gerechtigkeit sowie der Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Menschen gehen. Doch damit fand sie in der eigenen Regierung keine Mehrheiten mehr. Ich hoffe, dass sich dies nach dem 23. Februar 2025 ändert.

Ihr Lars Düsterhöft

Da half keine Demo und kein Bitten

Die Ampel über die Straße An der Wuhlheide ist abgebaut

Am 9. Oktober demonstrierten erneut rund 100 Anwohnende für den Erhalt der Baustellenampel an der Ecke An der Wuhlheide / Rathenaustraße. Trotzdem wurde die Ampel, welche für den Schienenersatzverkehr der BVG eingerichtet worden war, abgebaut. Wie geht es nach diesem Rückschlag weiter?

Sie können sich vielleicht vorstellen, wie frustrierend es ist, seit 15 Jahren für sichere Querungsmöglichkeiten über die Straße An der Wuhlheide zu kämpfen und nicht voranzukommen. Und auch dieses Mal half keine Demonstration, keine Petition, kein persönliches Gespräch und auch keine bittende Mail. Wir haben im Land Berlin in Bezug auf Hauptverkehrsstraßen tatsächlich ein Demokratiedefizit. Die Bezirksverordnetenversammlungen können sich nur bittend an die Senatsverwaltung wenden und das Abgeordnetenhaus befasst sich nicht mit einzelnen Straßenecken. So kann nur die Senatorin oder der Senator das Votum der eigenen Verwaltung überstimmen, tut es aber nicht.

Aufgeben ist für mich keine Option. Ich werde nun mit Kommunalpolitikinnen und -Politikern sowie Anwohnenden die weiteren Schritte beraten. Der Kampf geht so lange, bis wir mindestens eine zusätzliche, durch eine Ampel gesicherte, Querungsmöglichkeit über die Straße An der Wuhlheide haben.

Ein Marktplatz ohne Markt

Wo ein Wille ist, ist der Weg manchmal holprig

Früher gab es einmal einen Wochenmarkt am Rathaus Johannisthal – das hört man oft von Anwohnenden. Seit einigen Monaten bereits gibt es Bestrebungen, den Markt wiederzubeleben.

Das Bezirksamt würde den Platz am Rathaus Johannisthal sehr gerne erneut für einen Wochenmarkt bereitstellen. Den Auftakt machte zunächst ein privat organisierter Flohmarkt. Viele Bürgerinnen und Bürger glauben nun, das Bezirksamt sei Schuld, dass kein Markt zustande kommt. Tatsächlich war schon die Suche nach einem Marktbetreiber schwierig. Der dann gefundene Marktbetreiber teilte kürzlich mit, dass es ihm nicht gelungen sei, genügend Händler zu gewinnen. Insbesondere konnten keine Lebensmittelhändler für den Standort begeistert werden – ein wichtiger Faktor für Attraktivität und Rentabilität.

Da die kalte Jahreszeit ungünstig für einen Start ist, haben das Bezirksamt und der Betreiber beschlossen, den Vertragsbeginn auf das Frühjahr 2025 zu verschieben.

Skandal oder Kunstprojekt?

Das Umfeld des Bahnhofes Schöneweide ist der Schandfleck Nr. 1

Der Bahnhof Schöneweide ist fertig. Die Tramschleife der BVG ist, bis auf kleine Nacharbeiten und dem geplanten Pausenhaus für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ebenso fertig. Doch der Rest des Bahnhofsumfeldes sieht schlimmer aus als je zuvor! Wie geht es am Bahnhof Schöneweide weiter?

Lassen Sie uns ehrlich sein: Wenn Sie regelmäßig mit der S-Bahn fahren oder versuchen mit dem Auto zur Michael-Brückner-Straße bzw. zum Adlergestell zu gelangen, haben Sie wahrscheinlich schon sehr viel Zeit damit verbracht, Baustellen und Umleitungen zu bewundern. Der Sterndamm sowie das Bahnhofsumfeld ist nicht einfach nur eine Baustelle, er ist ein Kunstwerk der Verzögerung, ein Meisterstück der (Nicht-) Planung auf lange Sicht.

Wann wird der Sterndamm unterhalb der Eisenbahnbrücken wieder geöffnet?

Noch bis zum 31. Dezember 2024 gilt die Genehmigung für die Baustelle unterhalb der Eisenbahnbrücken über den Sterndamm. Doch zurecht fragen sich alle, warum die Straße nicht längst schon wieder freigegeben wurde.

Die Antwort ist einfach und ärgerlich: Es wurde geschlampt. Beim Bau der Gleise hin zur Wendeschleife wurde die Straße nicht ordentlich wieder hergestellt. Im gesamten derzeit gesperrten Bereich gibt es eine harte Kante sowie brüchigen Asphalt. So darf die Straße nicht für den Verkehr freigegeben werden.

Auch gab es Streit über die Zukunft der alten Gleise. Die BVG wollte diese einfach in der Straße belassen, der Bezirk besteht richtigerweise auf den Ausbau der Gleise. Schließlich werden nie wieder Straßenbahnen über diese Gleise fahren. Für den Ausbau der Gleise war jedoch seitens der BVG kein Geld eingeplant. Dieses musste erst genehmigt und ein Bauunternehmen gefunden werden, welches die Arbeiten zusätzlich ausführt.

Derzeit ist die Hoffnung bei der BVG groß, dass bis zum Ende des Jahres die Gleise unterhalb der Eisenbahnbrücken zurückgebaut werden und die Straße ordentlich hergerichtet werden kann.

Doch zu früh gefreut. Diese Bauarbeiten bis Ende diesen Jahres schaffen nur eine vorübergehende Lösung, nämlich bis zum endgültigen Umbau des Straßenbereiches zwischen den Eisenbahnbrücken und der Michael-Brückner-Straße. Dann aber sollen gleich zwei Fahrspuren in Richtung B 96a sowie eine extra Rechtsabbiegerspur eingerichtet werden. Eine Fahrspur wird in Richtung Johannisthal führen. Auch an die Radfahrer ist gedacht – es wird ein 2,50 m breiter Radstreifen auf der Süd-Ostseite des Sterndamms markiert. Auf der Nord-Westseite soll der Streifen 1,60 breit werden.

Die Planungen für den Umbau des Vorplatzes haben noch nicht begonnen

Kommen wir zum eigentlichen Skandal am Bahnhof Schöneweide: Der Vorplatz. In einem langen Bürgerbeteiligungsverfahren wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, welche mit vielen bunten Zeichnungen und Bilder zeigte, wie der Bahnhofsvorplatz in Zukunft aussehen könnte. Diese Überlegungen wurden am 25. Januar 2024 der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Wer dachte, dass dies schon die konkreten Planungen seien und es demnächst mit den Bauarbeiten losgehen könnte, hat sich geirrt. Auf meine schriftliche Anfrage antwortet das Bezirksamt am 7. November 2024: „Es ist vorgesehen, im nächsten Jahr das Vergabeverfahren für die in der Zuständigkeit des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) liegenden notwendigen Objekt- und Fachplanungen zur Neugestaltung des Vorplatzes Bahnhof Schöneweide zu starten.“ Im Klartext: Die Planungen haben 11 Monate später noch nicht einmal begonnen. Nicht einmal die Ausschreibung für die Planung ist erfolgt!

Und wenn Sie sich fragen, wann die Gleise auf dem Bauhofvorplatz zurückgebaut, das Gleisbett zugeschüttet und der Platz vom Bauzaunchaos befreit wird, kann ich Ihnen mitteilen, dass die BVG und das Bezirksamt es auch nicht wissen. Und noch mehr. Laut dem Bezirksamt soll der Bahnhofsvorplatz erst umgebaut werden, wenn das Fahrradparkhaus errichtet, der Fußgängertunnel zurückgebaut, das denkmalgeschützte Empfangsgebäude saniert und die Zwischenhalle zwischen historischen Bahnhofsgebäude und Bahnhof errichtet wurde. Dies könnte in gut 6 Jahren der Fall sein. Einziger Lichtblick ist das Fahrradparkhaus, dass 2027 fertig werden soll. Ob es dann auch erreichbar ist, bleibt zu hoffen.

Mein Fazit

Das Umfeld des Bahnhofes Schöneweide bleibt ein Abenteuer der besonderen Art. Keine Sorge, es wird nicht langweilig – immerhin etwas Gutes. Der Weg zur endgültigen Fertigstellung mag lang und voller Überraschungen sein, aber vergessen Sie nicht: Das Bahnhofsumfeld ist nicht nur eine Baustelle – es ist Kunstprojekt, Dauerbauausstellung und eine Erfahrung fürs Leben. Nicht zuletzt, um wieder ernst zu werden, ist dieser Schandfleck ein Skandal!